



Klare Kante.

Zeitung der SPD

Mai/Juni 2009

„Aufbruch zum Besseren“



von Frank-Walter Steinmeier Seite 7

Arbeit, Arbeit, Arbeit!

von Franz Müntefering



Sozial und demokratisch. Das ist Titel und Grundidee unseres Regierungsprogramms. Denn darum geht es in der Regierungszeit von 2009 bis 2013. Das ist es, was Frank-Walter Steinmeier als Bundeskanzler zur Grundlage seiner Politik machen will. Das Soziale und das Demokratische. Und das heißt: Ganz vorne an steht Arbeit. Gute Arbeit.

Arbeit ist die Grundlage für den Wohlstand. Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen – das ist unsere wichtigste gemeinsame Aufgabe. Gut und fair bezahlte Arbeit. Arbeit für Männer und Frauen. Arbeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Ausbildung und Weiterbildung, die gut qualifizieren. Nur wenn genug solche Arbeit da ist, schaffen wir es, den Wohlstand zu erhalten.

Sozial und demokratisch – das bringt es auf den Punkt: Arbeit im Mittelpunkt. Faire Bildungschancen für alle, das Land ökologisch modernisieren und Spitzenreiter sein beim Klimaschutz. Familien stärken, gleiche Chancen und gleicher Lohn für Männer und Frauen, Integration und: Ein guter Partner in Europa sein.

Für ein Europa, das wirtschaftlich stark und sozial ist, wählen wir am 7. Juni das Europaparlament. Ganz vorne Martin Schulz, unseren Spitzenkandidaten. Wer will, dass Europa soziale Fragen nicht der Wirtschaft unterordnet, wählt SPD. Wer will, dass Europa vorne ist, bei Abrüstung und für eine Welt ohne Atomwaffen kämpft, wählt SPD.

Sozial und demokratisch – Anpacken für Deutschland



picture-alliance/dpa

SPD stellt Entwurf für Regierungsprogramm vor

Deutschland steht am Beginn des Superwahljahrs 2009 – mit der Europawahl am 7. Juni und der Bundestagswahl am 27. September. Hinzu kommen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen, im Saarland, in Brandenburg und viele wichtige Kommunalwahlen.

Die SPD geht gut gerüstet in den Kampf um die politische Mehrheit. Am 19. April haben die Sozialdemokraten als erste Partei den Entwurf für ein umfassendes Regie-

rungsprogramm 2009 bis 2013 vorgestellt. Das Programm steht unter dem Motto „Sozial und demokratisch. Anpacken für Deutschland.“ Es richtet sich an alle, „die unser Land besser, gerechter und menschlicher machen wollen“. Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering: „Die Zeit ist reif in Deutschland für mehr organisierte Solidarität

Alles über das Regierungsprogramm der SPD auf den Seiten 4 und 5

und für mehr Demokratie.“

Als Kanzlerkandidat wird Außenminister Frank-Walter Steinmeier die SPD in den Wahlkampf führen. Frank-Walter Steinmeier bei der Vorstellung des Programm-entwurfs: „Wir werden alles dafür tun, dass das Soziale in der Marktwirtschaft wieder klar erkennbar wird. Das ist unsere ureigenste Aufgabe als deutsche Sozialdemokratie.“ Das Programm soll am 14. Juni endgültig von einem SPD-Parteitag beschlossen werden.

Europa muss sozialer werden



Klare Regeln für die Wirtschaft und die Finanzmärkte, starke Arbeitnehmerrechte und gerechte Mindestlöhne, Klimaschutz und eine aktive Rolle als Friedensmacht: Der SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl Martin Schulz über die Ziele seiner Partei.

Interview Seite 3

40 Prozent Frauen in die Aufsichtsräte

Gleiche Chancen für Frauen und Männer. Im Entwurf ihres Regierungsprogramms kündigt die SPD verbindliche Regelungen an, die dafür sorgen sollen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird: „Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von 40 Prozent einführen.“

Am 7. Juni: Mehr SPD für Europa

Die Europawahl am 7. Juni ist eine Richtungsentscheidung. Es geht um die politische Richtung für Europa und die Europäische Union im neuen Jahrzehnt.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass Märkte nicht ohne Regeln bleiben dürfen. Die markradikale Ideologie von Konservativen und Liberalen ist gescheitert. Jetzt braucht Europa einen Neuanfang. Die SPD steht dafür, dass Europa eine soziale Ordnung aufbaut, die das Wirtschaften europa- und

weltweit an klare Regeln bindet und auf das Gemeinwohl verpflichtet.

- Die SPD will eine EU, die
 - klare Regeln für die internationale Finanzwirtschaft und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung durchsetzt;
 - Lohn- und Sozialdumping verhindert und Arbeitnehmerrechte stärkt;
 - Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung besonders fördert;
 - Vorreiter beim internationalen Klima- und Umweltschutz ist und

- für Frieden, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit weltweit eintritt.

Dieser Weg erfordert eine starke Sozialdemokratie und eine sozialdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament. Mehr SPD für Europa – darum geht es bei der Europawahl am 7. Juni!



picture-alliance/dpa



Von Peer Steinbrück

Die Krise zeigt, dass die Finanz- und Kapitalmärkte nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden dürfen, sondern durch klare, von der Politik gesetzte Regeln zu zügeln sind. Das alleinige Setzen auf Selbstverpflichtung und Selbstkontrolle dieses

Die Selbstkontrolle der Finanzmärkte hat versagt

Wirtschaftssektors führt nicht zum Erfolg. Diese Krise erfordert neue und pragmatische Antworten im Sinne einer „gesamthaften Ordnungspolitik“, wie sie von Karl Schiller und Helmut Schmidt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten geführt wurde.

Bei der Bekämpfung der Ursachen dieser Finanz- und Wirtschaftskrise kommt der Europäischen Union eine besondere Rolle zu. Europäische Sozialdemokraten haben hier wichtige Maßnahmen angesto-

ßen: Der Vorschlag zur Regulierung von Hedge-Fonds musste gegen großen Widerstand der Konservativen durchgesetzt werden und entspricht immer noch nicht den Notwendigkeiten. Sozialdemokraten setzen sich aktiv für Verbesserungen bei der Zinssteuerrichtlinie ein, um Steuerflucht zu begrenzen. Wir streiten für eine Überarbeitung des geltenden Regelwerks, welches Spekulation beseitigt und Risiken angemessen bewertet.



Von Andrea Nahles

Wir wollen, dass alle Menschen Arbeit haben. Dieses Ziel geben wir auch in der Krise nicht auf. Arbeit muss ordentlich bezahlt sein, darf nicht krank machen, muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein.

Trotz Krise: Die SPD hält an ihrem Ziel „Gute Arbeit“ fest

Arbeit ist mit sozialen Rechten verbunden, die wir verteidigen und stärken wollen: Der Schutz vor Kündigungen und das Recht auf die Wahl von Betriebsräten sind für die SPD unverzichtbare Rechte.

Wir werden die Tarifautonomie in Deutschland und Europa verteidigen. Wir wollen, dass Tariftreue zu einem zentralen Kriterium bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen wird.

Wir haben in der Großen Koalition gegen den Widerstand

der Union Mindestlöhne für hunderttausende von Menschen durchgesetzt. Unser Ziel bleibt ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn.

Um Arbeitslosigkeit vorzubeugen, ist unser Motto in der Krise „Qualifizieren statt entlassen.“ Wir wollen dies zu einer Daueraufgabe machen und eine Job-Vorsorge für alle zwischen 15 und 67 einführen, um Weiterbildung zu erleichtern und damit Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

Arbeitnehmer für ein soziales Europa

Sichere Arbeitnehmerrechte, faire Löhne und ein guter Arbeits- und Gesundheitsschutz für ganz Europa. Dies sind die zentralen Forderungen der SPD-Arbeitnehmerinitiative zur Europawahl. In einem Aufruf verlangt die Initiative, dass die Europäische Union zu einer Sozialunion weiter entwickelt werden muss. Die wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes dürften keinen Vorrang vor den sozialen Grundrechten haben. Im Konfliktfall müssten die sozialen Rechte Vorrang haben. Ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebe es nur mit einer starken Sozialdemokratie. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufes zählen zahlreiche Europäische Betriebsräte.

Im Internet: www.afa.spd.de

Regeln für die Finanzmärkte

SPD-Konzept setzt auf größere Verantwortungsübernahme der Finanzinstitute

Die internationalen Finanzspekulationen haben die Welt in die schwerste Krise seit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts geführt. Der Zusammenbruch der Finanzmärkte hat massive Wachstumseinbrüche und ein Hochschnellen der Arbeitslosigkeit zur Folge. Jetzt brauchen die Finanzmärkte neue Regeln, um vergleichbare Krisen künftig von vornherein zu verhindern.

Die SPD hat als erste und bislang einzige Partei ein umfassendes Konzept zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt. Bereits im Oktober 2008 stellte Finanzminister Peer Steinbrück 14 Verkehrsregeln für die Finanzmärkte vor. Im Februar hat die SPD



die Vorschläge in dem Papier „Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen - Unsere Finanzmarktgrundsätze“ konkretisiert. Zentrale Aussage: Wir brauchen ein stärkeres Verantwortungs- und Risikobewusstsein im gesamten Finanzsystem.

Die Trennung zwischen der Entscheidung, einen Kredit zu vergeben und der Verantwortung für das damit einhergehende Risiko muss aufgehoben werden. Finanzinstitute sollen daher ihre Kreditrisiken nicht mehr zu 100

Prozent verbrieft und weiterreichen können. Sie müssen künftig mindestens 20% des Risikos selber tragen.

Die Zinssteuerrichtlinie muss den Informationsaustausch über Zinseinkünfte so regeln, dass alle Steuerschlupflöcher künftig gestopft werden.

Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds müssen auf europäischer Ebene wirkungsvoll geregelt werden. Hedge-Fonds müssen registriert werden und über genug Liquiditätsreserven verfügen.

Haftung und Entlohnung von Managern müssen so geregelt werden, dass sie sich am langfristigen Unternehmenserfolg und damit auch an der Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten orientieren – statt wie bislang an kurzfristigen Renditen.

Anpacken auf Wahlkampf09.de

Die SPD startet mit einem neuen Internet-Auftritt in das Superwahljahr 2009. Neben die bekannte SPD-Homepage www.spd.de treten neue Seiten. Und auch in den großen sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter oder youtube ist die SPD vertreten. Das sind die wichtigsten Seiten der SPD im Netz:

www.spd.de
Die zentrale Informationsplattform der SPD mit allen

wichtigen Informationen zum Regierungsprogramm, zu zentralen Themen oder zu Spitzenpolitikerinnen und -politikern. SPD-Mitglieder und -Sympathisanten können sich direkt über Mitmachoptionen in den Wahlkampf einmischen und die SPD unterstützen.

www.wahlkampf09.de
Die neue zentrale Kampagnenplattform der SPD mit Brücken in die sozialen Netzwerke im Internet. Auf [\[wahlkampf09.de\]\(http://wahlkampf09.de\) können sich die Unterstützer für den SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier organisieren und gemeinsame Aktionen verabreden.](http://wahl-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Kandidatenseiten
Ebenfalls völlig neu gestaltet sind die Internetseiten des SPD-Kanzlerkandidaten (www.frank-walter-steinmeier.de) und des SPD-Spitzenkandidaten zur Europawahl (www.martin-schulz.de).

„Die Finanzkrise ist kein Betriebsunfall“

SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz über die Rolle Europas im Kampf um Arbeit und Sozialstandards

Herr Schulz, mit welchem Ziel gehen Sie und die SPD in den Europawahlkampf?

„Wir wollen in Europa klare Regeln für die Wirtschaft und die Finanzmärkte. Wir stehen für starke Arbeitnehmerrechte und gerechte Mindestlöhne in Deutschland wie in Europa, für Klimaschutz und erneuerbare Energien. Wir wollen ein Europa, das Verantwortung für Frieden, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit weltweit übernimmt. Diese Ziele werden wir klar und mit allem Selbstbewusstsein im Europawahlkampf herausstellen.“

Wo liegen die wesentlichen Unterschiede zur Union und zu den Liberalen?

„Konservative und Marktliberale sehen in der Finanzkrise nur einen Betriebsunfall, der keine neue Politik erfordert. Wir Sozialdemokraten sagen dagegen: Wir können und dürfen nach der Krise nicht zurück zur Tagesordnung. Sonst ist nach der Krise vor der nächsten Krise. Wir brauchen jetzt einen Neuanfang mit einer Politik, die im Interesse vor allem der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer handelt und nicht im Interesse von verantwortungslosen Finanzjongleuren. Das geht nur mit der SPD.“

Die SPD stellt das „soziale Europa“ in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. Was heißt das?

„Nach dem einheitlichen europäischen Markt mit der Wirtschafts- und Währungsunion, mit freiem Waren- und Dienstleistungsverkehr und mit europaweiter Arbeitnehmerfreizügigkeit müssen wir



Martin Schulz: Europäer aus Leidenschaft

Martin Schulz zieht als Spitzenkandidat der SPD in den Europawahlkampf. Der 54-Jährige gelernte Buchhändler gehört dem Europäischen Parlament seit 1994 an. Vorher war er 11 Jahre Bürgermeister seiner Heimatstadt Würselen. Im Parlament führt Martin Schulz seit 2004 die Fraktion

der europäischen Sozialdemokraten an. Er gilt über Parteigrenzen hinweg als einer der profiliertesten Europa-Politiker. Deshalb hat ihn die SPD jetzt als Nachfolger von Günther Verheugen als deutschen EU-Kommissar vorgeschlagen. Martin Schulz ist verheiratet und hat zwei Kinder.

jetzt dringend eine soziale Ordnung für Europa aufbauen. Dazu benötigen wir europaweit soziale Mindeststandards. Dies haben CDU/CSU und FDP immer noch nicht begriffen: Europa braucht gemeinsame Regeln und starke soziale Rechte, um Lohn- und Sozialdumping endlich einen Riegel vorzuschieben und gemeinsam sozialen Fortschritt in Europa zu organisieren.

Für Konservative und Marktliberale haben Wettbewerb und Deregulierung immer noch Vorrang vor fairen Löhnen und sicheren Arbeitnehmerrechten. Dies wollen die Menschen in Europa nicht mehr. Und deshalb gilt: Mehr SPD für Europa!“

Wie soll denn eine soziale Ordnung für Europa konkret aussehen?

„Starke Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieben, Mindestlöhne in ganz Europa, eine neue europäische Bildungsoffensive mit gemeinsamen europäischen Standards für Sozial- und Bildungsausgaben, eine fortschrittliche europäische Politik für Gleichstellung und gegen Diskriminierung – dies alles sind Bausteine für ein soziales Europa. Darüber hinaus:

Alle Richtlinien und Verordnungen der EU müssen systematisch auf ihre sozialen Auswirkungen für die 500 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger in Europa überprüft werden.“

Stichwort Verbraucherschutz. Die große Mehrheit der Deutschen lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Deutschland hat jetzt den Anbau von gentechnisch verändertem Mais verboten. Wie steht die SPD dazu?

„Den Anbau von gentechnisch verändertem Mais bei uns zu verbieten, ist richtig und im Interesse aller Verbraucherinnen und Verbraucher. Aber wir gehen weiter. Wir setzen uns für einen restriktiven Umgang mit „grüner Gentechnik“ ein. Dazu müssen noch die rechtlichen Grundlagen gelegt werden, um gentechnikfreie Regionen in Europa zu ermöglichen. Generell gilt: Wir stehen für einen starken Verbraucherschutz. Bewährte deutsche Standards dürfen nicht durch andere europäische Regeln unterlaufen werden.“

Die SPD hat Sie als neuen EU-Kommissar vorgeschlagen. Wo sehen Sie hier Ihre wichtigste Aufgabe?

„In der EU-Kommission muss sozialdemokratische Politik mit starker Stimme vertreten sein. Bisher wird die Kommission von Konservativen und Liberalen dominiert. Als deutscher EU-Kommissar werde ich vor allem dafür sorgen, dass die EU-Kommission soziale Gerechtigkeit und faire Regeln für die Märkte stärker in den Vordergrund rückt.“

Unser Europa: demokratisch, sozial gerecht, friedlich und ökologisch intakt

Roland Kaiser, Sänger



Sand stecken darf, sondern interdisziplinäre Lösungen gefragt sind. Sie zeigt, dass es in Krisenzeiten darum geht, mit den Menschen zu sprechen, zuzuhören und die richtigen Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Die SPD bringt uns aus der Krise: Deutschland und Europa.“

Floriane Daniel, Schauspielerin



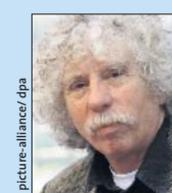
„Zukunft für alle! Wenn einer sich um die Sicherung von allgemeingültigen sozialen Standards kümmert, dann die SPD. Sie sorgt dafür, dass wir und unsere Kinder eine Zukunft haben, in der Chancengleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit keine Phrasen sind! Die Themen Ausbildung, Arbeit und Vorsorge werden engagiert vorangebracht und das Leben in Deutschland und Europa auf die einzig richtige Weise gestaltet.“

Leonard Lansink, Schauspieler



wahl am 7. Juni gehen. Damit die kleinen Leute nicht vergessen werden, damit Arbeitsplätze auch in der Krise erfolgreich verteidigt werden, damit die soziale Sicherung nicht unter die Räder kommt, gibt es nur eine Wahl: die SPD!“

Johano Strasser, Schriftsteller



„Wir Europäer haben in unserer langen Geschichte alle großen Irrtümer und alle großen Verbrechen bereits begangen und die Strafe dafür am eigenen Leib zu spüren bekommen. Diesen Vorsprung an Erfahrung sollten wir nutzen, um endlich ein demokratisch handlungsfähiges, sozial gerechtes, ökologisch vernünftiges und kulturell vielfältiges Europa zu bauen, das als Friedensmacht die Achtung der Völker gewinnt.“

Sozial und demokratisch. Anpacken für Deutschland.

Handeln für sichere und gute Arbeitsplätze

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Menschen Arbeit haben. Unser Ziel ist Gute Arbeit. Sie muss fair bezahlt sein, darf nicht krank machen, muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein.

- **Aktive Konjunkturpolitik.** In einer konjunkturellen Ausnahmesituation muss der Staat entschieden und gezielt mit zusätzlichen staatlichen Ausgaben über eine begrenzte Zeit gegensteuern.
- **Erhalt der industriellen Basis.** Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Der Staat kann und muss in der Krise mit aktiver Industriepolitik dazu beitragen, die industrielle Basis und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten und zu modernisieren.
- **Aktive und ökologische Industriepolitik.** Von zentraler Bedeutung ist für uns der

Ausbau zukunftsträchtiger Leitmärkte wie Klima- und Umwelttechnik, Gesundheitstechnologien oder der Bereich der Kreativwirtschaft. Hier hat unsere Wirtschaft die größten Wachstumschancen.

- **Erhalt von Arbeitnehmerrechten.** Der Schutz vor Kündigung und das Recht auf die Wahl von Betriebsräten sind für die SPD unverzichtbare Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.



Wir beschützen diese Rechte.

- **Mindestlöhne.** Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn. Wir gehen davon aus, dass ein Mindestlohn von 7,50 € zurzeit eine sinnvolle Orientierungsmarke ist.
- **Gleiche Löhne.** Gerechte Löhne sind leider auch immer noch eine Frage des Geschlechts. Wir werden dafür sorgen, dass sich die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen schließt.

- **Leiharbeit.** Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.
- **Tarifautonomie und Tariftreue sichern.** Wir werden die Tarifautonomie in Deutschland und Europa verteidigen. Sie ist eine Grundlage für Gute Arbeit.
- **Die Arbeitslosenversicherung wird zur Arbeitsversicherung weiterentwickelt,** die Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beendet, sondern dabei hilft, sie zu vermeiden. Zu diesem Zweck werden wir bundesweit für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Überprüfung des individuellen Qualifizierungsbedarfs einrichten.

Am 19. April 2009 hat SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier in Berlin den Entwurf für das Regierungsprogramm der SPD 2009 bis 2013 vorgestellt. Das Programm ist ein Angebot an die gesamte Gesellschaft: „Es richtet sich an alle, die unser Land besser, gerechter und menschlicher machen wollen. An alle, die sich den Grundsätzen der Fairness und der Solidarität verpflichtet fühlen.“

Der Programmtext wird in diesen Wochen breit in der SPD und in der gesamten Öffentlichkeit diskutiert. Beschlossen wird das Programm vom SPD-Parteitag am 14. Juni in Berlin. Auf diesen Seiten sind wichtige Teile des Entwurfs gekürzt dokumentiert. Wer den gesamten Entwurf lesen möchte, kann ihn bestellen: SPD-Parteivorstand, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin. Oder im Internet: www.spd.de

Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert

Um wichtige Investitionen vor allem in Bildung, Familien, Forschung, Infrastruktur, Kultur oder Sicherheit zu ermöglichen, ist der Staat auf solide und stabile Einnahmen angewiesen. Unsere Steuerpolitik folgt dem Prinzip, sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.

- **Entlastung der Normalverdienenden.** Eine verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik muss akzeptieren, dass es auf absehbare Zeit keinen Spielraum für flächendeckende Steuerentlastungen gibt. Wir wollen die Entlastungen daher auf

die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie die Familien konzentrieren.

- **Absenkung des Eingangsteuersatzes auf zehn Prozent.** Mit der Absenkung des Eingangsteuersatzes von bislang 14 auf 10 Prozent entlasten wir gezielt untere und mittlere Einkommen.
- **Gerechter Kindergrundfreibetrag.** Wir werden den Kinderfreibetrag von 3.864 Euro um weitere 200 Euro je Kind schon ab dem 1. Januar 2010 erhöhen und damit eine verfassungsgemäße Familienbesteuerung garantieren.
- **300 Euro Lohnsteuer-Bonus.** Wir bieten allen 30

Millionen Lohnsteuerpflichtigen an, künftig per Postkarte an das Finanzamt auf die jährliche Einkommensteuererklärung verzichten zu können. Damit sich das für die Steuerzahler rechnet, erhalten Ehepaare einen Lohnsteuer-Bonus in Höhe von 600 € pro Jahr und Singles in Höhe von 300 €.

- **Anhebung des Spitzensteuersatzes als „Bildungsoli“.** Wir schlagen einen Zuschlag als „Bildungsoli“ bei der Besteuerung höchster Einkommen vor. Dabei wird der Spitzensteuersatz auf 47 % ab einem zu versteuernden Einkommen von 125.000 €

(Verheiratete 250.000 €) angehoben.

- **Börsenumsatzsteuer.** Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen wollen wir eine Börsenumsatzsteuer einführen.
- **Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen.** In Deutschland werden jährlich viele Milliarden Euro an den Finanzämtern vorbeigeschleust und in Steueroasen verlagert. Die daran beteiligten Staaten müssen dazu gebracht werden, sich an die internationalen Standards des Informationsaustausches im Besteuerungsverfahren zu halten.

Gleichstellung von Frauen und Männern

Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen. Dazu gehören die gleiche Teilhabe an existenzsichernder Arbeit und beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten sowie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ebenso wie die partnerschaftliche Teilung der familiären Sorge. Gleichberechtigung muss zur Gleichbehandlung und tat-

sächlichen Gleichstellung führen.

- **Gleiche Chancen, gleiche Bezahlung.** Für gleichwertige Arbeit müssen gleiche Löhne gezahlt werden. Wir werden mit verbindlichen Regelungen dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegsmöglichkeiten in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird. Ausländischen

Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von 40 Prozent einführen.

- **Bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.** Wir werden den Ausbau der Kinderbetreuung und des Ganztagsangebots weiter fortsetzen. Das Elterngeld ist ein Erfolgsprojekt, wir werden es weiter entwickeln.

- **Bekämpfung von Gewalt.** Gewalt gegen Frauen, die Verletzung ihrer Menschenwürde, Ausbeutung und Frauenhandel werden wir nicht dulden – sie zerstören das Zusammenleben und den inneren Frieden.
- **Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften.** Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften werden wir mit der Ehe gleichstellen.

Bildung ist Menschenrecht

Bildung ist ein Menschenrecht. Jedes Kind hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das gilt unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

- **Alle Schülerinnen und Schüler brauchen einen Abschluss.** Unser erstes und wichtigstes Ziel wird sein, die Zahl der Schulabbrecher drastisch zu reduzieren.

- **Mehr Geld für Bildung.** Bildung muss unserer Gesellschaft mehr wert sein. Unser Ziel: Bis 2015 mindestens sieben Prozent des BIP für Bildung und drei Prozent für Forschung und Entwicklung.
- **BAföG: Tradition verpflichtet.** Die Sozialdemokratie hat das BAföG zu Beginn der 70er Jahre eingeführt, weil es eine wichtige Bedingung für Chancengleichheit in der Bildung ist. An dieser Tradition knüpfen wir an.

- **Ganztagschulen ausbauen.** Mit dem Ganztagschulprogramm haben wir einen Durchbruch in der Bildungspolitik geschafft. Unser Ziel ist es, das Angebot an Ganztagschulen flächendeckend auszubauen.
- **Keine Studiengebühren.** Ein Studium darf nicht am Geld scheitern. Wir stehen für ein gebührenfreies Erststudium bis einschließlich zum Master.



Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft

Der Sozialstaat ist organisierte Solidarität: Er gründet sich darauf, dass Menschen füreinander einstehen – Starke für Schwache, Junge für Alte, Gesunde für Kranke und Pflegebedürftige, Arbeitende für Arbeitsuchende: Die Gemeinschaft für Hilfebedürftige.

- **Einheitliches Rentensystem in Ost und West.** Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.
- **Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege.** Gleiche Gesundheitschancen und die solidarische Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken Krankheit und Pflege für alle Menschen sind wesentliche Voraussetzungen für Freiheit und für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen auch in Zukunft keine Zwei-Klassen-Medizin, sondern eine gute Versorgung, zu der alle Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen den gleichen Zugang haben.

- **Stabilisierung der bestehenden Alterssicherung.** Zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rente, ergänzt um die betriebliche und private Altersvorsorge, gibt es keine bessere Alternative.
- **Mehr Flexibilität im Übergang.** Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Zukunft mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente ermöglichen.

Nachhaltige Energiepolitik

Der Klimawandel fordert uns alle. Nachhaltig leben und wirtschaften ist keine bloße Utopie, sondern die Voraussetzung dafür, dass kommende Generationen auch in Zukunft gut leben können. Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung Deutschlands.

- **Weg vom Öl.** Deutschland soll im Bereich der Energie mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden.
- **50 Prozent bis 2030.** Wir setzen auf einen Stufenplan bei der Umstellung auf Erneuerbare Energien: Im Jahr 2020 wollen wir mindestens 35 Prozent erreicht haben und im Jahr 2030 soll mindestens die Hälfte der

Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien kommen.

- **Reduzierung der Treibhausgasemissionen.** Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent zu senken.
- **Atomausstieg umsetzen, Sicherheit gewährleisten.** Die Nutzung der Atomenergie birgt zu große Risiken. Nicht zuletzt ist die Frage der Endlagerung des Atommülls bis heute ungeklärt. Wir steigen bis 2021 komplett aus der Atomenergie aus. Bis zum Ausstieg gelten die höchstmöglichen Sicherheitsstandards in allen Anlagen mit der Pflicht zur ständigen Nachrüstung.

Familien stärken – Gleiche Chancen

In der Familie gilt das Prinzip der Solidarität: Jeder steht für den anderen ein. Diese Solidarität verdienen Familien auch von der Gesellschaft.

- **Bessere Kinderbetreuung.** Wir haben durchgesetzt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom 1. Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Dieser Rechts-

anspruch soll zu einem Anspruch auf Ganztagsbetreuung ausgeweitet werden.

- **Elterngeld und Partnermonate verbessern.** Wir wollen die Zahl der Partnermonate von zwei auf vier erhöhen und den Anspruch auf Teilzeitarbeit und Elterngeld von sieben auf vierzehn Monate erweitern.

- **Gezielte Unterstützung für Alleinerziehende.** Eltern, die ihre Kinder allein erziehen, wollen wir mit gezielten Maßnahmen helfen.
- **Aktionsplan gegen Kinderarmut.** Wir wollen einen Aktionsplan auf den Weg bringen, der vor allem auf eine bessere Betreuung, Ernährung und Bildung abzielt.

Soziale Gesellschaft im Wandel

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten.

- **Kultur der Anerkennung.** Deutschland ist Einwanderungsland. Wir treten dafür

ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können.

- **Teilhabe in allen Lebensbereichen.** Menschen mit Behinderungen müssen selbstverständlicher Teil der Gesellschaft werden.

- **Ehrenamt besser fördern.** Ehrenamtliches Engagement ist die Grundlage einer solidarischen Bürgergesellschaft. Wir werden die Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche weiter verbessern.

Globale Verantwortung tragen

Im ersten globalen Jahrhundert kann und will Deutschland nicht alleine agieren, sondern als ein wichtiger Teil Europas. Dieses Europa soll nicht nur wirtschaftlich stark sein, sondern eine klare soziale Ordnung haben. Europa steht international für Frieden, Kooperation und fairen Ausgleich.

- **Vereinte Nationen stärken.** Die Vereinten Nationen sind die oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung. Deshalb wollen wir sie stärken und, wo nötig, modernisieren. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat.

- **Eine Welt ohne Atomwaffen.** Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir plädieren für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung.



Rund um die Europawahl

Briefwahl

Wer bei der Europawahl am 7. Juni nicht persönlich ins Wahllokal gehen kann oder möchte, kann natürlich – wie bei allen anderen Wahlen auch – per Brief wählen. Einzige Voraussetzung: Man muss in das Wählerverzeichnis seiner Heimatgemeinde eingetragen sein. Dann erhält man im April oder Mai die Wahlbenachrichtigung zugestellt. Auf der Rückseite steht der Antrag. Ausfüllen und zurücksenden! Wenige Tage später kommen die Wahlunterlagen per Post. Jetzt muss man nur noch das Kreuz an der richtigen Stelle machen und den Wahlschein rechtzeitig bis zum 7. Juni zurücksenden.

Im Internet: www.briefwahlinfo.de

Auslandsdeutsche

Wenn man im Ausland lebt, aber in Deutschland gemeldet ist, wird man automatisch in das Wählerverzeichnis der Heimatgemeinde eingetragen und angeschrieben. Im Ausland lebende Deutsche ohne Wohnsitz bei uns müssen sich bis zum 17. Mai als Wähler registrieren! Antragsformulare dafür liegen an deutschen Botschaften und Konsulaten aus.

Wahlrecht für EU-Bürger

Auch Bürger aus anderen EU-Staaten, die in Deutschland leben, können bei uns an der Europawahl teilnehmen. Um zu wählen, müssen sich EU-Bürger einmalig ins Wählerverzeichnis ihres derzeitigen Wohnortes eintragen lassen. Dies gilt nur, wenn sie sich nicht schon bei den Europawahlen 2004 ins Wahlregister eingetragen haben. Der Antrag muss bis zum 17. Mai bei der Gemeindeverwaltung des Wohnortes eingereicht werden.

Alle Formulare im Internet: www.briefwahlinfo.de

Impressum
Herausgeber: SPD-Parteivorstand
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Verantwortl.: Kajo Wasserhövel
Druck: Frankenpost GmbH,
Poststraße 9/11
95028 Hof
Artikelnr.: 2609050

Europa muss sozial werden

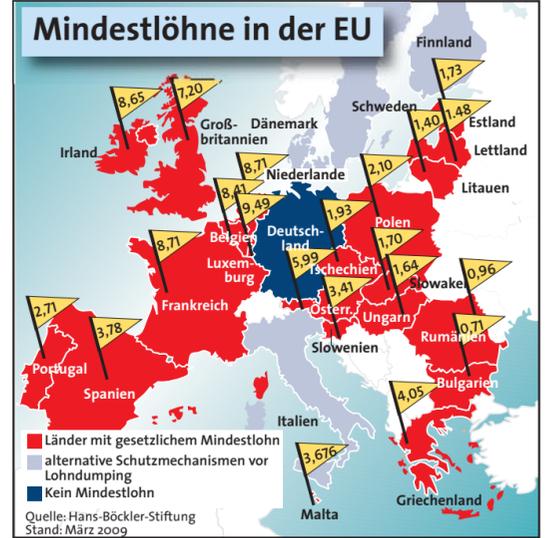
SPD setzt vier Schwerpunkte für die künftige Arbeit im Europäischen Parlament

Am 7. Juni wählen rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus den 27 EU-Mitgliedstaaten ein neues Europäisches Parlament. In Deutschland sind 62,2 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, die 99 deutschen Abgeordneten zu wählen.

Für die SPD steht die Frage im Mittelpunkt des Wahlkampfes, wie die Europäische Union zukünftig gestaltet werden soll. Soll es eine Union sein, die Profitstreben und unregulierte Märkte über alles setzt, wie es Marktradikale und Konservative wollen? Oder soll Europa zu einer sozialen Gemeinschaft weiterentwickelt werden – die soziale Grundrechte, gerechte Löhne mit einer starken Wirtschaft und einer gesunden Umwelt zusammenbringt? Die SPD steht für ein starkes und soziales Europa und setzt sich deshalb vier Ziele für ihre Arbeit in der nächsten Wahlperiode.

Klare Regeln für Finanzmärkte

In einer globalisierten Welt, in der Wirtschaft und Finanzmärkte immer dichter miteinander verflochten sind, sind klare Regeln unerlässlich, um künftig weltweite



Krisen von vornherein zu vermeiden. Nationale Lösungen allein reichen hier nicht weit. Deshalb strebt die SPD europaweite und globale Lösungen für geregelte Finanzmärkte an. So fordert die SPD eine Börsenumsatzsteuer, um kurzfristige Finanzspekulationen einzudämmen. Ebenso muss europaweit der Kampf gegen Steueroasen geführt werden. Darüber hinaus fordert die SPD eine stärkere Kontrolle von hoch-

Gute Arbeit in Europa

Aktuelle Fälle, zum Beispiel aus der Automobilindustrie zeigen, dass Beschäftigungspolitik künftig noch stärker europaweit koordiniert werden muss. Deshalb fordert die SPD, dass alle europäischen Programme kurz-

fristig auf ihre Beschäftigungswirkung hin überprüft werden müssen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen europaweit verbindliche soziale Standards, gerechte Mindestlöhne und Mitbestimmungsrechte vereinbart werden.

Starke Kommunen

Starke Städte und Gemeinden sind das Fundament einer sozialen Gesellschaft. Deshalb will die SPD die Bedeutung der Kommunen innerhalb der EU stärker und insbesondere wesentliche Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge – zum Beispiel öffentlich-rechtliche Sparkassen oder Gesundheits- und Sozialdienste – schützen.

Aktiver Klimaschutz

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, der sich Europa im Ganzen stellen muss. Die SPD steht deshalb für eine ökologische Industriepolitik, die auf die Entwicklung neuer, umweltschonender Verfahren und Produkte setzt und so wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung mit Klimaschutz verbindet. Eine Rückkehr zur Energiegewinnung aus Atomkraft wird es mit der SPD nicht geben.



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

von Evelynne Gebhardt MdB (Platz 2 der SPD auf der Europawahlliste)

Die Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten stehen für die wirkliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa. Deshalb haben sie im Europäischen Parlament notwendige Gesetze durchgesetzt und viele Gesetze durch den Grundsatz der Gleichstellung erst rund gemacht. Ein nächstes wichtiges Ziel ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Kontrolliert und mit Strafe bedroht, wenn sich jemand nicht dran hält. Mit den Konservativen im Europäischen Parlament ist diese Politik nicht zu machen. Daher brauchen wir nach dem 7. Juni eine gestärkte sozialdemokratische Fraktion. Das zahlt sich auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland aus.

Ich will hier rein!

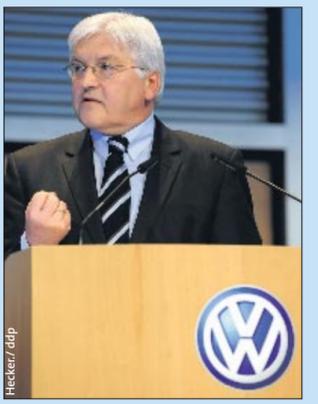
www.eintreten.spd.de

Interesse an der SPD? Gerade in Wahljahren interessieren sich viele Menschen für Politik und wollen sich aktiv einmischen. In der SPD stehen für sie die Türen weit offen. Die SPD ist die älteste Volkspartei Deutschlands. Sozial und demokratisch. Seit 1863.

Machen Sie mit: Informationen zu unserem Programm und zur Mitgliedschaft können Sie mit dem nebenstehenden Coupon anfordern. Einfach ausfüllen und zusenden oder zu faxen. Oder im Internet: www.eintreten.spd.de

Bitte senden an

Referat Mitgliederwerbung und -entwicklung
SPD Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Fax (030) 259 91 - 315
E-Mail: mitgliederwerbung@spd.de



Zeit für Entscheidungen: 2009 bringt den Schock der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch einen neuen amerikanischen Präsidenten, der der Welt Hoffnung gibt und sozialdemokratischen Ideen nahesteht. Frank-Walter Steinmeier kämpft vor allem für den Erhalt der industriellen Basis in Deutschland: „Das Auto der Zukunft soll nicht nur in Deutschland erfunden werden, es soll auch in Deutschland gebaut werden. Dafür werden wir die Voraussetzungen schaffen.“

Aufbruch zum Besseren



Frank-Walter Steinmeier über Deutschlands Weg zu neuer Stärke

Die Mitte unserer Gesellschaft, das sind die Millionen Frauen und Männer, die sich bei der Arbeit anstrengen und am Ende des Tages ihren Kindern an der Bettkante noch eine Geschichte vorlesen. Die Menschen, die jungen Leuten eine Berufsausbildung geben, die Kranke oder Ältere pflegen. Die als Betriebsräte um Arbeitsplätze oder als Geschäftsführer um Kunden kämpfen. Sie alle sind das starke Herz unseres Landes, und dieses Herz ist intakt! Davon bin ich fest überzeugt. Das ist die eine Seite. Die andere Seite gibt es auch: In unserem Land gärt es. Da hat sich sehr viel Wut und Empörung angestaut.

Diese Krise ist mehr als ein Konjunkturreinbruch, und darum muss die Antwort mehr sein als ein Konjunkturprogramm. Es geht auch um mehr als Wirtschaftspolitik. Zu entscheiden ist, in welche Richtung unsere Gesellschaft künftig geht. Wir brauchen einen Fortschritt, der uns nicht in Sieger und Verlierer zerreißt. Einen Fortschritt, an dem alle teilhaben. Das ist unsere Aufgabe! Das ist es, wofür ich Kanzler werden will.

Vor uns stehen harte Monate. Deshalb ist jetzt kluges Krisenmanagement gefragt. Wir sind Motor dieser Bundesregierung. Vom kommunalen

Investitionsprogramm bis zur Förderung der Automobilkonjunktur. Wer aber Deutschland bis 2013 und darüber hinaus gestalten will, muss noch anspruchsvoller, noch ehrgeiziger sein.

Neustart der Sozialen Marktwirtschaft

Deutschland muss Produktionsstandort Nummer 1 in Europa und der wirtschaftliche Motor für Europa bleiben! Deshalb sind wir für aktive Industriepolitik. Deshalb sage ich auch: Wir müssen mit aller Kraft daran arbeiten, ein Unternehmen wie Opel zu retten. Wir müssen unsere starke Wirtschaft nutzen, um auf den Märkten von morgen dabei zu sein. Ich möchte, dass unser Land zum Ausrüster der Welt für neue Produkte wird. Für Autos, Maschinen und Geräte, die das Klima schonen, die weniger Energie verbrauchen, die aus neuen Materialien statt teuren Rohstoffen hergestellt sind.

Und wir müssen verhindern, dass die Energiewende, die wir durchgesetzt haben, rückgängig gemacht wird. Wer Kernkraft jetzt wieder als angebliche Zukunftsen-

ergie anpreist, erzählt dummes Zeug. Die Zukunft der Energie liegt bei den Erneuerbaren.

Die soziale Marktwirtschaft braucht einen Neustart. Ich finde es überfällig, dass Frauen in den Betrieben die Verantwortung übernehmen, die ihrer Kompetenz entspricht, auch in Führungspositionen. Frauen müssen genauso viel verdienen wie Männer. Und was Führungspositionen angeht: 40 Prozent Frauen in der Aufsichtsräte, das ist das Ziel!

Und wir müssen Frauen helfen, indem wir Familien unterstützen und Betreuungsangebote verbessern. Nicht nur mit mehr Kitaplätzen und Ganztagschulen, auch mit zwei Väternormaten mehr beim Elterngeld. Damit die gemeinsame Erziehung früh beginnt.

Vor allem die Alleinerziehenden brauchen unsere ganze Unterstützung! Wir wollen bessere Betreuungsangebote und gezielte Hilfen bei der Arbeitsvermittlung. Und wir wollen

die Hinzuverdienstgrenzen verbessern für alle alleinerziehenden Väter und Mütter, die nicht regelmäßig ganz- oder halbtags arbeiten können.

Neustart der sozialen Marktwirtschaft heißt auch: Wer Vollzeit arbeitet, soll sich und seine Familie gut ernähren können. Deshalb kämpfen wir für realistische Mindestlöhne für alle. 7,50 Euro sind die Richtmarke. Jede Arbeit muss sich auch in guten Löhnen ausdrücken. Und wer Jahrzehnte zur Arbeit gegangen ist, der muss im Alter ordentlich abgesichert sein!

Die Mitte schützen

Unser Land ist stark, weil es eine starke Mitte hat. Die Millionen Familien, die darum ringen, dass es weitergeht und am besten ein Stück besser und aufwärts. Wir werden diese Mitte schützen! Wir wollen den Eingangsteuersatz auf zehn Prozent senken. Davon profitieren auch Normalverdiener. Wir werden das Steuersystem vereinfachen. Und wir wollen die Lohnnebenkosten stabil halten.

Wir stärken und entlasten die Familien mit Kindern. Wir wollen die Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zur Universität. Für uns liegt eine anstrengende Zeit, die uns Opfer abverlangen wird. Wir können diesen Härten nicht ausweichen. Aber wir können entscheiden, welchen Weg wir gehen wollen. Den Weg der Marktradikalen, die sagen: Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht. Oder unseren sozialdemokratischen Weg: solidarisch und gemeinsam! Ich will keine Rückkehr zum Alten in Deutschland, ich will den Aufbruch zum Besseren!



Frank-Walter Steinmeier mit Ehefrau Elke Budenbender bei der Vorstellung des Programmentwurfs in Berlin.

Wahl per Post.



**Am 7. Juni
zur Europawahl.**

MEHR SPD
FÜR EUROPA.

SPD

www.briefwahlinfo.de